

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragene in die Post-Zustellungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Bahnhallen-Anzeigen die 8 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weyh, Druck von G. S. Metzger & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: G. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 8002.

### Die Verbandsfinanzen im Jahre 1914.

Der Abschluß unserer Hauptkasse für das Jahr 1914 zeigt, wie nicht anders zu erwarten, den Einfluß des Krieges. Zwar ist dieser Einfluß nicht so stark gewesen, wie nach den ersten Kriegswochen zu befürchten war; jedoch immer noch stark genug, um die erfreuliche Besserung unserer Verbandsfinanzen, die wir seit Jahren bei jedem Abschluß feststellen konnten, aufzuhalten, ja umzukehren. Unser Verbandsvermögen hat — seit 15 Jahren zum erstenmal wieder — eine Verminderung erfahren. In der Hauptkasse befanden sich am 31. Dezember des Jahres 1914 rund 570 000 Mk. weniger als am 31. Dezember des Jahres 1913.

Dieser Rückgang ist ausschließlich eine Folge der enormen Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegsmontaten und der über das Statut hinausgehenden Kriegsfürsorge, die der Verband geleistet hat. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit auf den Friedensstand gesunken, und die Unterstützungsleistungen des Verbandes sind auf die im Statut vorgesehenen beschränkt worden. Dadurch ist die Ausgabe des Verbandes geringer geworden, so daß wir im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres, soweit sich das schon beurteilen läßt, mit den regelmäßigen Einnahmen auskommen sind, ein weiterer Rückgang unsres Kassenbestandes also nicht stattgefunden hat.

Die Einnahmen des Verbandes sind naturgemäß erheblich zurückgegangen; vor allem die aus Eintrittsgeld und Beiträgen. Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Einnahmen in den letzten fünf Jahren (unter Abrundung der Pfennige):

	1910	1911	1912	1913	1914
Eintrittsgelder	37 248	40 789	39 444	29 233	15 969
Beiträge und Sonstiges	3 080 239	3 883 323	4 229 087	4 505 551	3 919 396
<b>Zusammen</b>	<b>3 117 487</b>	<b>3 924 112</b>	<b>4 268 531</b>	<b>4 534 784</b>	<b>3 935 365</b>

Die Einnahme ist demnach auf den Stand des Jahres 1911 gesunken. Wegen des Jahr 1913 bleibt sie um etwa 600 000 Mark zurück. Die Einnahme aus Eintrittsgeld ist seit 10 Jahren nicht so gering gewesen.

Aus den oben für das ganze Jahr gegebenen Zahlen geht die Einwirkung des Krieges nicht deutlich genug hervor. Es ist nicht daraus ersichtlich, ob und wie sich die Einnahme in den sieben Friedensmonaten gegen die Vorjahre verändert hat. Nun läßt sich eine nach Monaten getrennte Aufstellung der Einnahmen hier nicht geben, wohl aber eine solche nach Vierteljahren geordnet. Sie zeigt das folgende Bild:

	Die Einnahme betrug im			
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr
1913	1 081 941	1 112 200	1 102 769	1 237 872
1914	1 073 452	1 046 852	954 044	861 015
1914 weniger	8 489	65 348	148 725	376 857

Ein geringer Rückgang der Einnahmen ist demnach schon im ersten, ein etwas größerer im zweiten Vierteljahr zu verzeichnen. Insgesamt blieb die Einnahme im ersten Halbjahr um rund 74 000 Mark gegen die im gleichen Zeitraum des Jahres 1913 zurück. Die Ursache dieses Rückganges ist in der unbefriedigenden wirtschaftlichen Lage zu suchen, die uns nicht nur einen geringen Rückgang an Mitgliedern brachte, sondern auch die Beitragsleistung der bleibenden Mitglieder beeinflusste. Im dritten Vierteljahr, das noch einen Friedensmonat einschließt, steigerte sich der Einnahmerückgang auf fast 150 000 Mk. und im vierten Vierteljahr, das ein volles Kriegsquartal ist, auf reichlich 375 000 Mk. Dieser Rückgang der Einnahmen dauert im laufenden Jahre noch an; ja, er wird von Woche zu Woche stärker, weil immer mehr Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen werden.

Die Ausgaben des Verbandes waren im Jahre 1914 weit höher als in irgendeinem Jahre zuvor; sie betragen 4 431 339,07 gegen 3 825 259,40 Mk. im Jahr 1913. Das Mehr beträgt 606 100 Mk., also fast genau soviel wie der Rückgang der Einnahmen. In der folgenden Tabelle sind die Ausgaben für Unterstützungswecke, nach Quartalen geordnet, zusammengestellt. Die vorletzte Rubrik enthält die Summe für das ganze Jahr und die letzte die entsprechende Summe für 1913.

Unterstützungswecke	1914				Zusammen	
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1914	1913
Streitunterstützung	128 478,62	257 643,57	106 278,18	96,50	592 496,87	776 888,75
Gemahregelungsunterstützung	26 681,44	11 497,16	5 565,56	42,50	43 786,66	66 809,07
Krankeunterstützung	335 614,74	266 650,98	151 936,65	5 178,01	809 380,38	1 065 124,28
Arbeitslosenunterstützung	887 120,19	88 732,51	688 780,15	392 162,55	1 856 835,39	427 459,53
Reiseunterstützung	8 635,71	10 045,64	5 935,21	3 510,97	28 127,53	33 764,29
Umzugsgeld	9 087,20	12 253,28	7 847,06	4 211,40	33 398,94	44 051,36
Notlagen- und Kriegszusch.	1 810,—	1 102,—	134 423,54	259 441,30	596 777,84	3 865,65
Sterbegeld	23 647,10	26 955,35	23 474,85	25 813,30	103 890,60	91 262,80
Medizinschub	2 515,47	4 854,78	1 145,29	768,72	9 284,26	10 724,06
<b>Zusammen</b>	<b>1 878 480,47</b>	<b>704 143,24</b>	<b>1 097 466,62</b>	<b>685 205,45</b>	<b>3 365 295,78</b>	<b>2 315 012,14</b>

\* Einschließlich Familien- und Weihnachtunterstützung.

Die Streitunterstützung bleibt um rund 250 000 Mk. hinter der des Jahres 1913 zurück; auch die an Gemahregelte gezahlte Unterstützung ist etwa um 255 000 Mk. geringer geworden. Auch für Reise-, Sterbe- und Umzugunterstützung wurde weniger aufgewendet als 1913. Trotz alledem ist die Gesamtausgabe für Unterstützungen von 2 515 012 auf 3 275 326 Mk., also um mehr als 760 000 Mk. heraufgeschossen. Wie sehr diese Summe nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Mitgliederzahl über alle früheren Jahre hinausgeht, zeigt recht deutlich folgende Zusammenstellung, in der die für die Unterstützungen aufgewendeten Beträge für die letzten 10 Jahre sowohl absolut als auch pro Mitglied zusammengestellt sind.

Ausgaben für Unterstützungen absolut und pro Mitglied von 1905 bis 1914 (berechnet nach der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt):

Jahr	Reise, Krankheit, Arbeitslosigkeit		Streit und Maßregelung		Sonstige (Sterbefall, Umzug, Notlage, Medizinschub)		Summa	
	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied
1905	67 965	1,02	408 402	6,12	27 910	0,42	504 277	7,56
1906	322 227	2,78	750 252	6,48	35 198	0,31	1 107 677	9,57
1907	558 073	4,15	422 339	3,15	42 469	0,32	1 022 881	7,62
1908	870 861	6,39	364 216	2,68	63 864	0,47	1 298 941	9,54
1909	1 090 393	8,02	396 827	2,92	79 617	0,59	1 566 837	11,53
1910	1 081 878	6,80	934 255	5,87	98 529	0,62	2 114 671	13,29
1911	1 100 201	6,02	923 845	6,08	122 903	0,67	2 151 949	11,77
1912	1 307 822	6,33	854 999	3,19	131 008	0,64	2 093 829	10,21
1913	1 532 368	7,30	832 698	3,96	149 946	0,71	2 515 012	11,97
1914	1 878 201	12,04	568 289	3,15	537 836	2,98	3 275 326	18,17

Der auf ein Mitglied entfallende Unterstützungsbetrag ist demnach im Jahre 1914 um reichlich 50 Prozent höher gewesen als 1913; und das trotz Aufhebung der Streit-, Maßregelungs- und Krankenunterstützung! Wäre die zuletzt genannte Unterstützung beibehalten worden, so würde die Ausgabe der Hauptkasse um noch etwa 500 000 Mark höher sein. Wir haben in den ersten sechs Monaten des Jahres etwa 650 000 Mk., also reichlich 100 000 Mk. im Monat, dafür aufgewendet; danach läßt sich ungefähr berechnen, daß wir in den fünf Kriegsmontaten des Jahres eine halbe Million Mark mehr gebraucht hätten. Nun wäre allerdings, wie sich die Dinge gestaltet haben, auch diese Ausgabe von der Hauptkasse noch zu tragen gewesen. Aber zu Beginn des Krieges war mit einer so schnellen Auffaugung der Arbeitslosen eben nicht zu rechnen. Wer hat denn damals annehmen können, daß der Krieg einer so gewaltigen Ausdehnung annehmen und von so langer Dauer sein würde? Diese Ausdehnung und diese Dauer haben nämlich — so sonderbar das zunächst auch klingen mag — ganz wesentlich zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Einmal ist dadurch der Bedarf des Heeres so ungemein groß geworden, daß an der Deckung desselben ein überaus großer Prozentsatz der Industrie und der Arbeiterschaft mitwirken muß, und zum anderen ist eine über alles Erwarteten große Anzahl arbeitsfähiger Männer zum Kriegsdienst eingezogen und damit für Arbeitslose Platz geschaffen worden.

Die zuletzt genannte Wirkung des Krieges können wir an einigen Zahlen aus unsrer Verbandsstatistik anschaulich machen. Am 30. August des Vorjahres, also 4 Wochen nach Kriegsausbruch, zählten wir im Verband 27 768 Arbeitslose und 45 510 zum Kriegsdienst eingezogene Kollegen. Am 24. April dieses Jahres waren nur noch 1423 Mitglieder — also 26 345 weniger — ohne Arbeit. In derselben Zeit war jedoch die Anzahl der zum Kriegsdienst Eingezogenen von 45 510 auf 71 428 — also um 25 918 — gestiegen. Mit andern Worten: Die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt ging im gleichen Tempo vor sich wie die Einziehung zum Kriegsdienst. Volkswirtschaftlich ist durch die Verwandlung von Arbeitslosen in Kriegsdienstleistende natürlich gar nichts gewonnen, für uns als Verband ist es jedoch eine wesentliche Entlastung. Diese Entlastung entzog sich bei Beginn des Krieges noch jeder Berechnung. Deshalb war es Pflicht des Vorstandes, seine Maßnahmen so zu treffen, daß selbst bei Fortdauer der ungünstigen Lage die Existenz des Verbandes zunächst gesichert war. Dieser vorsichtigen Verbandspolitik ist es zuzuschreiben, daß unsre Finanzen heute, nach einer Kriegsdauer von mehr als neun Monaten, noch als durchaus gesund bezeichnet werden können. Folgende Gesamtzahlen zeigen das.

Es betrug im Jahre 1914 die Einnahme des Verbandes . . . . . 3 935 365,30 Mk. dazu der Kassenbestand vom 31. 12. 1913 mit 3 860 522,91 Mk. also zusammen 7 795 888,21 Mk. die Gesamtausgabe 4 431 339,67 Mk. bleibt ein Kassenbestand von 3 364 548,54 Mk.

Wir hatten also am 31. Dezember 1914 — nach fünf Kriegsmontaten — noch fast 3 1/2 Millionen Mark Kassenbestand. Das ist gewiß nicht besorgniserregend viel, aber es ist weit mehr, als wir beim Kriegsbeginn zu hoffen wagten. Dieser Bestand ist, wie oben schon gesagt wurde, inzwischen kaum geringer geworden und

dürfte, solange die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich nicht verschlechtert, auch nicht geringer werden. Das ist besonders deshalb erfreulich, weil nach dem Kriege ohne Frage sehr hohe Ansprüche an den Verband gestellt werden. Wenn das Heer der jetzt zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter zurückflutet und gleichzeitig der riesige Bedarf der Heeresverwaltung zurückgeht, dann wird eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes eintreten, die unsre Gewerkschaftskassen schwer belastet. Und es wäre gewiß beschämend für uns, wenn wir unsern zurückkehrenden Kollegen dann mit leerer Hand und mit leerer Kasse gegenüberstehen müßten, wenn wir das Vermögen des Verbandes, das sie mit geschaffen haben, das ihnen mitgehört, aufgebraucht hätten, während sie im Felde Blut und Leben für uns in die Schanze schlugen. Freuen wir uns also, daß wir in diese beschämende Situation voraussichtlich nicht kommen werden.

Zu den Ausgaben noch einige Bemerkungen. Von der Gesamtausgabe der Hauptkasse im Betrage von 4 431 339,67 Mk. gehen nach der vorher gegebenen Uebersicht über die Unterstützungen in den letzten 10 Jahren 3 275 326 Mk. für Unterstützungen ab. Somit blieben

4 431 339 — 3 275 326 = 1 156 013 Mk. Ausgaben

für andre Zwecke. Das stimmt jedoch nicht ganz. Von diesen sonstigen Ausgaben entfällt ein nicht unerheblicher Teil gleichfalls auf Unterstützungen. Diese Summe enthält die Anteile der Lokalkassen in Höhe von 628 970 Mk. Von dieser Summe haben die Bahnhallen gerade im verfloßenen Jahre einen sehr großen Teil für Unterstützungen verbraucht. Weitere 85 104 Mk. sind von den Bahnhallen zurückgehalten, die mit dem ihnen zustehenden Beträge die ihnen obliegenden oder von ihnen übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen konnten. Also auch dieser Betrag dürfte zu einem sehr großen Teil den Mitgliedern als Unterstützung in irgendeiner Form zugeflossen sein. Der Gesamtbetrag aller Unterstützungen stellt sich also nicht unwesentlich höher als in der Uebersichtstabelle angegeben ist.

In welchem Umfange aus den Lokalkassen Unterstützungen gezahlt wurden, ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen, in der die für Unterstützungswecke ausgegebenen Summen nach Quartalen geordnet und in der letzten Rubrik für das ganze Jahr angegeben sind.

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Das ganze Jahr
Unserordentl. Unterstützung	23 820,32	18 323,62	21 250,87	179 138,74	242 533,55
Streitunterstützung	12 959,70	43 420,76	11 211,46	54,63	72 646,55
Gemahregelungsunterstützung	1 747,77	1 045,11	176,90	165,16	3 134,94
Krankeunterstützung	18 110,40	9 774,92	4 049,52	1 266,52	33 201,36
Arbeitslosenunterstützung	9 055,20	5 854,75	2 024,75	633,25	17 567,95
<b>Zusammen</b>	<b>65 693,39</b>	<b>83 419,16</b>	<b>38 713,50</b>	<b>1 811 258,30</b>	<b>3 699 114,35</b>

Im Jahre 1913 gaben die Bahnhallen für Unterstützungswecke 207 156,43 Mk. aus, also rund 160 000 Mk. weniger. Die Einnahmen der Bahnhallen gingen gegen 1913 allerdings nur verhältnismäßig wenig, nämlich um etwa 20 000 Mk., zurück. Das Vermögen der Bahnhallen verringerte sich von 1 025 295,26 Mk. auf 817 430,13 Mk.; der Rückgang beträgt etwa 200 000 Mk., also noch etwas mehr als die Steigerung der Ausgaben für Unterstützungen. Dieser Rückgang ist mit darauf zurückzuführen, daß die Bahnhallen einen Teil ihrer Kassenbestände zur Deckung der statutengemäßen Unterstützungen aufgewendet, also die Hauptkasse entlastet haben. Der Posten „Sonstige Einnahmen“ der Hauptkasse, der diese Beträge enthält, weist rund 179 000 Mk. aus gegen nur etwa 5000 im Jahre 1913.

Stellen wir nun die Bestände der Hauptkasse und der Lokalkassen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Es betrug der Kassenbestand am 31. Dezember 1914

in der Hauptkasse . . . . . 3 364 548,54 Mk. in den Lokalkassen . . . . . 817 430,13 Mk. zusammen 4 181 978,67 Mk.

Der Bestand von mehr als 4 Millionen Mark ist als Schlüsselfolgergebnis eines Jahres mit 5 Kriegsmontaten immerhin erfreulich; ja er ist über alles Erwarteten günstig. Der in den ersten Kriegswochen von sehr vielen Mitgliedern vorausgesagte Zusammenbruch ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, wir stehen heute fester und gestärkter da als kurz nach Ausbruch des Krieges. Auch die Verbandsstreue der Mitglieder hat sich im allgemeinen gut bewährt. Einige Schladen sind abgefallen, aber der Kern der Mitgliedschaft steht sicher und unerschütterter zusammen in der festen Hoffnung auf ein baldiges Ende dieses Krieges und besetzt von dem Willen, nach Eintritt des Friedens in Gemeinschaft mit den Kollegen, die jetzt von uns getrennt sind, weiter zu arbeiten an den Aufgaben, die wir uns gestellt haben und deren Lösung der Krieg nur verzögern, aber nicht verhindern wird.

### Carifvertrag und Rechtsprechung.

Im ersten Maiheft der „Sozialistischen Monatshefte“ bespricht Dr. Hugo Heinemann eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 29. Januar 1915. Heinemann meint, daß diese Entscheidung, die in Sachen der Firma Expeditions- und Elbschiffahrtskontor gegen den Deutschen Transportarbeiterverband ergangen ist, „für den Anhänger der Idee des Tarifvertrages als eines wichtigen Mittels zur Erhaltung des sozialen Friedens außerordentlich erfreulich“ sei und führt dann weiter aus: „Das höchste Gericht vertritt mit immer steigender Entschiedenheit den Satz, daß jede Verletzung der Tarifrechte mit dem Wesen des Tarifvertrages unvereinbar ist und schadenverursachend macht. Im Anschluß an dieses Urteil sollen kurz die einzelnen Stadien erörtert werden, die der Begriff des Tarifvertrages in unserm Recht durchlaufen hat. Dies ist deshalb lehrreich, weil sich nirgends so deutlich wie hier zeigt, in welcher hohen Maße der Krieg zur Beseitigung einseitig individualistischer Rechtsanschauungen beigetragen hat.“

Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Juristen überhaupt nicht wußten, was sie mit dem kollektiven Rechtsgebilde Tarifvertrag anfangen sollten, da es sich durchaus nicht in die Formeln des Pandektenrechts einzwängen ließen. Man verfiel daher auf die abstrakte Idee, den Tarifvertrag als eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzusehen. Daraus würde dann folgen, daß jedermann das Recht des jederzeitigen Rücktritts von dem geschlossenen Tarifvertrag zusteht, da der § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung den unbeschränkten Rücktritt von der Koalition gestattet. Den Tarifvertrag mit einer Koalition zu identifizieren, ist schließlich sinnlos. Das Wesen der Koalition ist Kampf, das Wesen des Tarifvertrages Friede, damit Streiks und Ausperrungen vermieden oder beendet werden. Die Koalition will günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen, der Tarifvertrag setzt diese Bedingungen fest. Vor allem aber: Die Koalition bezieht sich auf Arbeiter einer und derselben Wirtschaftspartei, der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, nicht auf solche, die beide Parteien miteinander treffen. Der Tarifvertrag dagegen ist auf die gegenseitige Verpflichtung der beiden Parteien zu tarifmäßigen Verhalten gerichtet. Nach langem Hin- und Her-schwanken haben dies endlich auch die Gerichte eingesehen. In einer Entscheidung, die vorbildlich geworden ist (mitgeteilt im 73. Band der Entscheidungen in Zivilsachen, Seite 92 ff.), spricht das Reichsgericht sich mit Entschiedenheit gegen die Ansicht aus, daß der Tarifvertrag eine unter § 152 der Gewerbeordnung fallende Verabredung sei, also rechtlich in der Luft schwebend. Es könne nicht als die Absicht des Gesetzgebers angesehen werden, Einigungen zwischen Gruppen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen durch Verlassen jeden Rechtszuges zu verhindern und damit mittelbar zu verhindern. Auch sonst liege kein Grund vor, solchen Vereinbarungen, abweichend von den allgemeinen, über die Klagbarkeit der Verträge bestehenden Rechtsgrundsätzen die Klagbarkeit abzuprägen.

Damit war ein gewaltiger Schritt vorwärts getan. Immer aber blieb es dabei, daß durch den Tarifvertrag nur diejenigen Arbeitgeber und Arbeiter als berechtigt und verpflichtet angesehen wurden, die am Tarifabschluß beteiligt sind, entweder als Selbstkontrahenten oder als durch ihren Verein oder Verband Vertretene. Dem Tarifvertrag eine weitere Ausdehnung zu geben, ließ sich auf Grund des geltenden Rechts mit seinem auf rein individualistischen Gedanken beruhenden Vertragsbegriff nicht durchführen und kann tatsächlich auch ohne Rechtsänderung nicht erfolgen. Für eine solche aber hat der Krieg die Grundlage gegeben. Mit höherem Takt haben unsere militärischen Behörden erkannt, daß es kein besseres Mittel gibt, um die während des Krieges unbedingt notwendige Einstellung der Kampfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und die deutsche Volkswirtschaft ungefährdet durch die Stürme der Kriegszeit hindurchzuführen, als die Entwicklung der Tarifvertragsidee. Aus dieser Erwägung heraus benutzten die militärischen Behörden die ihnen heute als größten Auftraggebern zustehende Macht dazu, wo irgend möglich, durchzusetzen, daß die zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarten tarifmäßigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne weiteres als Norm an Stelle des individuellen Arbeitsvertrages treten. Daß die staatlichen Behörden auch in ihren eigenen Betrieben nach diesem Grundsatze verfahren, versteht sich von selbst.

Überblickt man den hiermit zurückgelegten Weg, so sieht man, wie wir uns immer mehr dem kollektiven Vertragsabschluß nähern,

dem Gedanken, daß es nicht Sache des einzelnen Arbeiters und des einzelnen Unternehmers ist, welche Löhne oder sonstigen Arbeitsbedingungen sie vereinbaren wollen, sondern, daß die beiderseitigen Organisationen zu bestimmen haben, was auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages Rechtens sein soll.“

Soweit Dr. Heinemann. Was er über die Entwicklung der Tarifvertragsidee bzw. über das Eindringen derselben in die Rechtsprechung sagt, ist wohl unanfechtbar. Was er jedoch über den Einfluß des Krieges auf die Fortführung und Erweiterung des Vertragswesens, insbesondere auch über das Verhalten der militärischen Behörden schreibt, ist leider mehr Wunsch als Wirklichkeit. Gewiß sind einzelne militärische Stellen für die Innehaltung tariflicher Abmachungen eingetreten, einige sind auch darüber hinausgegangen und haben tarifliche Regelungen durchgeführt, wo eine solche noch nicht bestand. Aber das sind immer nur Ausnahmen gewesen, die man gewiß als beachtenswerte und begrüßenswerte Symptome buchen muß, die man aber nicht verallgemeinern darf. Sehr viele und sehr hohe militärische Stellen haben es direkt abgelehnt, tarifliche Bedingungen zu beachten, einzuführen oder zu fördern.

Heinemann schreibt, die militärischen Behörden hätten die ihnen als Auftraggebern zustehende Macht benutzt, um, wo irgend möglich, durchzusetzen, daß die zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarten tarifmäßigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne weiteres als Norm an Stelle des individuellen Arbeitsvertrages treten. Das preussische Kriegsministerium, das doch gewiß eine sehr einflussreiche und machtvolle militärische Behörde ist, erklärte aber dem Deutschen Holzarbeiterverband auf eine Anfrage: „Dem Ersuchen, den Unternehmern zur Pflicht zu machen, die von den Organisationen vereinbarten Löhne zu zahlen, kann jedoch nicht entsprochen werden.“ Auch die Behauptung, „daß die staatlichen Behörden in ihren eigenen Betrieben nach diesem Grundsatze (tariflich die Arbeitsbedingungen zu regeln. D. R.) verfahren, versteht sich von selbst“, hält einer ernstern Prüfung nicht stand. Von den staatlichen Pulverfabriken hat bisher noch keine einzige einen Tarifvertrag übernommen, anerkannt oder neu geschaffen, noch auch nur den Gewerkschaften gegenüber mehr Entgegenkommen gezeigt als vor dem Kriege. Aus vielen andern staatlichen Betrieben muß man das Gegenteil berichten. Die Leitung der Königlich Preussischen Artillerie-werkstatt in Spandau erklärte dem Holzarbeiterverband ganz offen, „... daß sie mit ihren Arbeitern direkt und nicht durch Vermittlung von Verbänden oder Vereinen zu verhandeln pflegt“. Solche Äußerungen stimmen denn doch gar nicht zu dem Bilde, das uns Heinemann von dem Vordringen der Tarifvertragsidee zeichnet.

### Die Kriegsfürsorge in den Gemeinden.

Die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer ist ohne Frage eine nicht nur vom sozialen, sondern auch vom militärischen Standpunkt aus wichtige Aufgabe. Es ist für den Eifer und die Stimmung der kämpfenden Familienväter durchaus nicht gleichgültig, ob und wie für ihre Familien dasheim gesorgt wird. Nun ist die staatliche Familienfürsorge in Deutschland zweifellos unzureichend. Selbst der erhöhte Satz von 12 M. im Monat für eine Frau und 6 M. für jedes Kind reicht bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen auch nicht annähernd zur Deckung der Lebenskosten aus. Es ist deshalb auch von vornherein damit gerechnet worden, daß die Gemeinden die vom Reich festgesetzte Unterstützung je nach den Umständen und den verfügbaren Mitteln erhöhen. Den ärmeren Gemeinden wurden vom Reich Beihilfen in Aussicht gestellt, um auch ihnen die Ergänzung der staatlichen Mindestunterstützung zu ermöglichen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat nun am 30. Januar eine Umfrage an sämtliche Gewerkschaftskartelle gerichtet, um zu ermitteln, ob und wie die Gemeinden ihre Unterstützungspflicht erfüllen haben. Die im „Korrespondenzblatt“, Nr. 18, veröffentlichten Übersichten bringen Angaben über 1024 Gemeinden (darunter fast alle Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern) und 78 Kreise, Bezirke usw. Zu den letzteren gehören 503 Gemeinden mit mindestens 2000 Einwohnern; außerdem wurden aus diesen Kreisen usw. noch über 202 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern Angaben gemacht. Neben diesen 1729 Gemeinden, in denen Zuschüsse irgendwelcher Art geleistet werden, ist noch über 25 weitere berichtet worden, in denen jede weitere Hilfe fehlt.

Das „Korrespondenzblatt“ schreibt dazu: Hier sowie in vielen kleinen Gemeinden muß es traurig um die Familien der Kriegsteilnehmer bestellt sein, wie aus den uns zugegangenen Mitteilungen zum Teil ersichtlich ist. Ergänzend führen wir daraus nachstehendes an. In 35 Dörfern des Amtsbezirks Goldzig wurde nur bei besonderer Bedürftigkeit durch private Wohltätigkeit geholfen, ebenso den Arbeitslosen. Vornehmlich ist es in den Dorfgemeinden der Umgegend von Pahnau; nur in einzelnen dieser wurde durch Verteilung von Kartoffeln geholfen. Aus Kronach-Nichtenfels in Bayern wird gemeldet, daß die Gemeinden der Umgegend mit einer Ausnahme fast vollständig auf private Wohltätigkeit beruhen. Die Gemeinden in der Umgegend Erfurts sollen in der Regel nichts geben, ebenso die meisten ländlichen Gemeinden im Bezirk Müneburg und in der Umgegend von Beitz, die Nachbargemeinden von Meudam in der Provinz Brandenburg und Mauthaus in Schlesien, ferner die Landgemeinden bei Plauen i. V. und Limbach in Sachsen, der Landkreis Tilsit und die Tilsiter Vororte. Von den meisten Landgemeinden der Amtshauptmannschaft Bautzen heißt es, daß aus Gemeindegeldern kein Zuschuß geleistet werde. Velz Roth bei Nürnberg wurde mitgeteilt, daß in den Gemeinden Elmbrach und Pfaffenhofen nichts geschieht. Gleiches wird aus Selb in Bayern über die Nachbarrate, z. B. Erbersreuth, berichtet. Hier soll der größte Teil der Familien der Kriegsteilnehmer sich in bitterster Not befinden. Dafür, daß sonst in den Landgemeinden die Verhältnisse meistens ungünstiger liegen, gibt es in den Berichten ebenfalls Anhaltspunkte. So wird aus Greiz mitgeteilt, daß im Kartellbezirk die Zuschüsse der Landorte bedeutend geringer seien, wogegen im Kartellbezirk Markranstädt in Sachsen die in Betracht kommenden Landgemeinden Warunterstützung und Naturalien nur in einzelnen Fällen gewähren und nur eine kleine Landgemeinde einen Zuschuß von 50 Prozent zur Reichsunterstützung zahlt. (Dieser Zusammenstellung können wir noch anfügen, daß im Landkreise Hannover-Linden den Familien vom Kreisverband ein Zuschuß in Höhe von 50 Prozent der Reichsunterstützung gegeben wird, daß aber die Gemeinden weitere Zuschüsse nicht geben dürfen. Einigen reichen Gemeinden, die solche Zuschüsse gegeben hatten, wurde die Entziehung der Kreisbeihilfe angekündigt, falls sie noch fernerhin Kriegerfamilien einen Zuschuß in Geld oder Naturalien geben. D. Red.)

In einigen Gemeinden wird den Familien oft sogar noch die Erlangung der Reichsunterstützung sehr schwer gemacht. So wird aus Fürstensefeld berichtet, daß gegen drei umliegende Gemeinden, die die Reichsunterstützung überhaupt nicht und nur teilweise auszahlen wollten, Beschwerde beim Bezirksamt geführt werden mußte. In Treuen wurde entgegen dem Gesetz für uneheliche Kinder jede Unterstützung verweigert, selbst dann, wenn der Eingezogene die Unterhaltspflicht anerkannt und die Mutter gezeuget hat. Auch soll dort für die meisten Frauen die Bedürftigkeit erst viele Monate später und nach mehrmaligem schriftlichen Ansuchen bejaht, für die bereits verstorbenen Monate jedoch nicht nachgezahlt werden.

Bei Festsetzung der Bedürftigkeit wird ganz verschieden verfahren. Nach den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zu dem Gesetz ist die Unterstützungsbedürftigkeit anzuerkennen, „wenn die Einkommensbezüge der Kriegsteilnehmer unter Einziehung der auf rechtlicher Verpflichtung beruhenden Leistungen Dritter (andere Zuwendungen dürfen nach dem Gesetz nicht berücksichtigt werden), insbesondere Unterhaltungs-pflichtiger Verwandten den notwendigen Lebensunterhalt nicht sicherstellen“. Nach andern Kommentaren soll eigener Erwerb der Frau die Bedürftigkeit nicht ohne weiteres ausschließen, ebensowenig der Besitz geringen Vermögens. Damit steht die in Tilsit geübte Praxis, nichts zu geben, wenn Spargelder vorhanden sind, im Widerspruch. Im Bericht aus Neugersdorf wird die geringe Zahl der Unterstützten damit erklärt, daß viele Frauen mitarbeiten. Wenn in Spremberg eine Frau mehr als 12 M. wöchentlich verdient, dann soll sie sogar teilweise keinen Anspruch auf die staatliche Unterstützung haben, während der Zuschuß der Gemeinde schon verweigert wird, wenn sie mehr als 10 M. verdient. Andre Gemeinden sind erfreulicherweise weitherziger bei Prüfung der Bedürftigkeit. Dazu gehören u. a. Werben an der Muehr und Plauen, die Ersparnisse bis 3000 M. nicht anrechnen.

In vielen Gemeinden sind weitergehende Fürsorgemaßnahmen durch Beschaffung billiger Lebensmittel und billiger Brennmaterials getroffen worden. Um Holz und Kohlen zu niedrigen Preisen abgeben zu können, haben beispiels-

### Feldpostbriefe von Verbandskollegen.

Geschrieben auf Vorposten am Weiffertag 1915.

Der nachstehende Brief stammte von einem Kollegen vom westlichen Kriegsschauplatz an den Kollegen Schöber, Ostvorpstler:

Mein Freund Franz!  
Gute Nacht ist auch schon da. Die einzige Zeit zu schreiben. Du weißt ja, die Briefschiffung ist eine gefährliche Angelegenheit und für mich große, so daß ich den größten Teil meiner freien Zeit darauf verwenden muß. Ich will immer in dem Moment, die Kriegsgedanken zu Papier zu bringen. Da es sich um ein Ding wie der Brief geht, muß ein Brief nicht abgelesen und in die Hände der Post zu gehen. Ein Brief, so geistig wie dieser. Die ... und ...  
In diesem Augenblick, wo das Proletariat der ganzen Welt sich an diesen Tage zusammenschließt, um für Völkerrfrieden und Völkergleichheit zu kämpfen, kenne ich nur ein Mittel, daß noch ein großer Kampf möglich ist. Das Mittel ist alles erreicht, was es ist. Was ist das Mittel? Das Mittel ist die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Gedanken der Solidarität ausgehend. Ich will dir, daß alle, die aus dem Kampfe hinaus kommen, mit mehr Eifer, mit mehr Energie als je zuvor sich für die Sache einsetzen und die Partei als Ziel setzen.  
Mit einem Worte, der jetzt nicht ist, größer ist als früher, verfolge ich den Proletariat, für dessen politische Befreiung ich dir bestens dank. Auch deine Organisation ist dem Ganzen ein eingebundenes Glied, und wir hoffen, daß wir in vorbestimmter Zeit kommen und helfen, was möglich ist, um den Kampf zu führen. Die große Freude habe ich aus jedem Organ zu hören, daß sich gerade die Kategorie von Proletariat, die man früher so gern als Ungelesene bezeichnet hat, ein Lebenswort gesprochen hat, das allen Schritten folgen kann. Ein Lebenswort, das nicht nur jetzt ein höherer Fortschritt ist, sondern in dem wir auch in Zukunft Erfolg und Hilfe finden werden.

Die Summen, die an die Familien unserer Kriegskameraden ausgezahlt wurden, haben uns den Beweis geliefert, daß die Opfer, die wir bisher gebracht, nicht vergebens waren. Es war am 2. Weihnachtstages, als wir des Abends auf Vorposten saßen. Wir lagen im Schützengraben im Unterland. Jeder dachte an seine Familie, wie sie zu Hause am Weihnachtsbaum sitzt, ihres Vaters gedenkend, der draußen an der Grenze in Eis und Schnee Wache hält. Jedem lag die Frage nahe: wie werden meine Lieben die Weihnachten verbringen? und verfielen schließlich sich manche Tränen über die Wangen in den Bart. Wird auch für sie gesorgt werden, leiden sie keinen Mangel?, so stand's in jedem Auge zu lesen. Und als dann die Sprache auf den Verband kam, daß er keine Mitglieder mehr vergessen hat, wie der aus jener aus den Reihen seiner Lieben sah, daß überall Unterstützung ausgezahlt wurde, da langten die Augen wieder heller.  
Was dort auf jenem fleckigen jungfräulichen Erde gelobt wurde, wird in der Zukunft ganz Früchte tragen. Die beiden Unorganisierten, die mit dabei waren, können sich und geben das Recht, sobald sie nach Hause können, das Verzeihen nachzuholen. Man muß dieses mit erleben haben, um die Kraft und die Begeisterung, die die Organisation auslöst, verstehen und bewundern zu können.  
Man sollte nicht glauben, daß es jetzt daheim noch Abtrünnige geben würde! Es ist sehr bedauerlich, daß es Müßiggänger gibt, die ihren Verband jetzt verlassen. Doch nach dem Kriege, wenn wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind, werden die Zustände selbst dafür sorgen, daß bald niemand mehr dem Verband fernbleibt. Und wer dies nicht einsehen will, dem werden Männer wie Kisch und Konsorten das Verhängnis schon beibringen. Denn man wird in jenen Kreisen nach dem Kriege genau so wie vor dem Kriege auf dem Standpunkt stehen: möglich ist Arbeit für möglichst wenig Geld. Doch wir wissen, wo wir den Hebel ansetzen haben, und unsere Hellschauer werden sehr viel Eifer aus dem Kriege mit nach Hause bringen. Dieg auch eine große Anzahl unserer besten Kollegen auf den Schlachtfeldern begraben, die Heimkehrer werden das Verhängnis der Gefallenen erfüllen. Alle aber werden gemeinsam in dem Bestreben, die Menschheit anzuknüpfen, damit die Helfer, die einander angewiesen sind, nicht wieder in einem demütigen Krieg verstrickt werden.  
Das waren so die Meinungen, die mich bewegten. Das nächstmal ...

Ein Frankfurter Kollege schreibt der Jagststellenleitung:  
E., den 30. April 1915.  
Werter Kollege!  
Soeben erhalte ich die Zeitungen mit Deinem Situationsbericht über den Verband. Der Bericht ist für mich sehr lehrreich und hat mir sehr große Freude bereitet. Insbesondere freut es mich, daß unser Verband die Krisis so gut überstanden hat, und daß die Hauptkassen trotz der hohen Unterstellungen noch so gut steht. Wenn wir auch das gleiche nicht von unsern Kolonnen sagen können, so macht dies nichts, wenn wir erst wieder nach Hause kommen, werden wir schon wieder für neuen Zuspruch Sorge tragen. Lege Dir in den Brief 5 M. ein, die Du zur Unterstützung an die Familien verwenden kannst, in denen Kollegen gefallen sind. Es ist zwar nicht viel, was ich gebe, wenn aber viele von unsern heldenhaften Kollegen, vor allem die Unberühreteten, das gleiche tun, dann wird es möglich, die Familien zu unterstützen. Wie oft erzähle ich mir hier von der Organisation und betone es als meine Pflicht, wenn wir wieder glücklich nach Hause kommen, mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der Organisation fleißig mitzuwirken. Ihr dürft versichert sein, daß wir immer in Eurer bei Euch sind und uns glücklich schätzen, wenn wir erst wieder in den Reihen der Kollegen sind. Hast Du meine Karte bekommen, die ich auf der Reise von Russisch-Polen nach Oesterreich-Ungarn geschickt habe? Wir stehen jetzt bei A. Wo werden wir überhaupt noch überall hinkommen? Wir nennen uns die Reise-Division. Erst im Westen, dann in Russisch-Polen und jetzt in Oesterreich-Ungarn. Bei uns geht es ab und zu ein bißchen jähmüde zu, aber je toller es geht, um so besser geht es. Deine Mitteilung, daß bereits an die 30 Kollegen gefallen sind, hat mich und bekannte Kollegen recht schmerzlich berührt; aber der Krieg, der schon so viele Wunden geschlagen, wird auch wieder vorübergehen. Mitten will ich Dir nach, daß ein guter Kollege und Freund von der Jagststelle höchst gefallen ist. Hoffentlich hat der Krieg bald ein Ende, und unsere Kollegen, die im Felde stehen, kommen alle gesund und munter wieder zurück. Dann wollen wir alle wieder an dem Aufbau der Organisation mitarbeiten. Ein frühliches und baldiges Wiedersehen in der schönen Heimat wünscht  
Kollege S. G.

weise Stadt und Kreis M e m e l Wälder angekauft, in denen Brennholz geschlagen wird. Meistlich handelt die Gemeinde Pop-pot, indem sie billige Naturalien vom Ertrag des städtischen Gutes abgibt. Häufig ist auch die Abgabe billigen Essens, wozu von den Gemeinden oder von Privaten Zuschüsse geleistet werden. Für die Kinder solcher Frauen, die auf Arbeit gehen, wird manchmal durch freie Unterkunft gesorgt, so u. a. in Königsbrunn in Sachsen. In einzelnen Gemeinden, wie Frankfurt a. M., Herne i. W., Leipzig usw., werden die Beiträge für die Weiterverficherung der Kriegsteilnehmer in den Krankenkassen und für die Familienversicherung gezahlt. Andre wiederum, wie Heflinghausen-Land, übernehmen die Arzt- und Apothekerkosten sowie die Krankenpflege an solche, die keiner Klasse angehören; auch wird vielfach bei Entbindungen Extraintervention gewährt. Aus Paderborn wird mitgeteilt, daß die Ortskrankenkasse den Familien der Eingezogenen kostenlose Arzt- und Arzneihilfe gibt, und aus Heilbronn erfahren wir, daß die Versicherungsanstalt Württemberg für Krankenfürsorge Maßnahmen getroffen hat. Für die Familien gefallener Krieger wird teilweise durch Versicherung vorgesorgt, so in Glatz, Heidersbach i. Th. W. und Pehl a. Rh. Die Gemeinde Welbert zahlt an die Hinterbliebenen eine einmalige Unterstützung von 25 M. Im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach werden aus den von der Landesversicherungsanstalt zum Zweck der Kriegs-fürsorge bewilligten 5 Millionen Mark an die Witwen 50 M. und außerdem für ein Kind unter 15 Jahren 30 M., für 2 Kinder 50 M. und, wenn mehr als 2 Kinder vorhanden sind, 70 M. gezahlt. Ähnlich wird in Dessau mit den Zuschüssen der Landes-versicherungsanstalt verfahren, die aufbewahrt werden und zu dem genannten Zweck sowie für Verwundeten- respektive Krüppelfürsorge verwendet werden sollen. Die Gemeinde Lünen i. W. gibt zum Frühjahr an die Familien der Kriegsteilnehmer Acker- oder Gartenland. Die Stadt Worms kaufte für 5000 M. Wolle und Stoffe, zu welchem Zweck von Privaten noch weitere 3000 M. gestiftet wurden. Diese Waren werden zur Verarbeitung zu üblichen Arbeitslöhnen an die Frauen der Kriegsteilnehmer abgegeben.

Eigenartig berührt es, wenn in dieser Zeit wachsender Teu-rung Kürzungen bisheriger Bezüge erfolgen. Der-artiges ist aus 4 Gemeinden mitgeteilt. Vom 1. November an wurde in Eingen der Höchstfuß von 25 M. auf 21 M. herab-gesetzt. In Ronneburg sind seit dem 15. Januar die Sätze herab-gelindert worden, daß viele weniger erhalten. Diese Kürzungen sollen in einzelnen Fällen, wo arbeitende Frauen in Frage kommen, 14-22 M. im Monat betragen. Demgegenüber erscheint die Erhöhung um 1-3 M. für Familien mit 1-3 Kindern ohne sonstiges Einkommen gering. Die Herabsetzung der Zuschüsse er-folgte dazu noch in geschwinder Weise; denn eine Frau mit einem Kinde erhielt statt ihr zustehender 18 M. Reichsunter-stützung nur 11 M., eine andre mit 2 Kindern statt 24 nur 23 M. und eine dritte mit 4 Kindern nur noch 33 M. statt 36 M. Auch die Großstadt Charlottenburg hat seit November die ur-sprünglich gezahlten 100 Prozent Zuschuß herabgesetzt, und die Stadt Schwiebus ermäßigte die früher gezahlten Zuschüsse von 12 M. auf 6 M. für die Frau und von 4 M. auf 3 M. für jedes Kind.

Einige Gemeinden haben besondere K r i e g s t e u e r n ein-geführt, wodurch die für die Zuschüsse notwendigen Mittel auf-gebracht werden. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna werden z. B. hierfür 14 Prozent der Einkommensteuer erhoben. In andern Gemeinden zahlen die Einwohner frei-willig einen gewissen Teil ihres Lohnes als Unterstützungs-beitrag. Aus Tambach wird darüber mitgeteilt, daß alle Ein-wohner, die 1800 M. und mehr verdienen, sich verpflichtet haben, einen bestimmten Prozentsatz ihres Gehalts für die Unterstützung der Familien an die Gemeindefasse abzu-führen, um einer Erhöhung der Einkommensteuer vorzubeugen. Ebenso zahlen in Walbheim die Festbesoldeten freiwillig laufende Beiträge.

W o U n t e r n e h m e r zahlen, geschieht es nicht immer auf ihre Kosten. So kommen laut Bericht in Gelsenkirchen die größeren Werke für den größten Teil der Miete auf. Verschiedentlich zahlen dort die Arbeiter freiwillige Beiträge oder auch einen bestimmten Prozentsatz hinzu. Es soll jedoch auch Werke (Zechen) geben, die sich für ihre Aufwendungen schuldig halten durch Lohnreduzierungen. Die Arbeiterschaft bringt in manchen Orten große Opfer für die Beschaffung von Mitteln. In Kiel wurden z. B. von den Arbeitgebern, Angestellten und Ar-beitern zusammen bis Ende Januar 900000 Mark aufgebracht, wofür bestimmte Abzüge vom Lohn erfolgten. Ähnlich werden in Pries-Postellau 3-5 Prozent, in Nordenham den Verheirateten 2 1/2 Prozent, den Ledigen 5 Prozent vom Lohn abgezogen. In letzterem Ort zahlen die Arbeitgeber dieselben Summen hinzu. Nach dem im Oktober gegebenen Bericht machen in Oberhausen im Rheinland die größeren Werke ebenfalls Lohnabzüge zu Unter-stützungszwecken, und zwar in Höhe von 2 bis 2 1/2 Prozent.

Aus Klumenthal und Rumund wird mitgeteilt, daß durch private Sammlungen und Beiträge der Arbeiter des Bremer „Bulkan“ es ermöglicht wurde, den auf Erholungsurlaub kom-menden verwundeten Soldaten eine Unterstützung bis zu 30 M. zu geben, und zwar in ersterem Ort täglich 75 Pf., in letzterem sogar 1,20 M. täglich. In Eckersförde zahlen die Gewerkschaftsmitglieder regelmäßige Bei-träge von 3 Prozent für Verheiratete und 5 Prozent für Ledige, und in Gilden hat das Gewerkschaftsamt durch Sammlungen einen Wohlfahrtsfonds gegründet, der im Interesse der Angehörigen der Kriegsteilnehmer verwendet werden soll. Diese Beispiele zeigen, daß die Arbeiterschaft durch die Kriegsunterstützung ganz erheblich belastet ist, was letzten Endes ja auch in den meisten Gemeinden durch Steuererhöhungen ein-treten wird. Um so ungerechter erscheint deshalb die An-rechnung von Gewerkschaftsunterstützung, die in vielen Gemeinden noch erfolgt. Dies kommt einer Doppel-befreiung gleich, wobei die so unterstützten Familien, wenn die Anrechnung zum vollen Betrage erfolgt, keinen Vorteil von dieser Extraintervention haben. Das gleiche trifft in dieser Beziehung auch auf die von Unternehmern gezahlten Unterstützungen zu, wenn sie aufgerechnet werden. Auch dort, wo jeder kleine Verdienst der Frauen oder ihrer Angehörigen ganz oder zum größten Teil auf die Unterstützung angerechnet wird, liegt eine Ungerechtigkeit vor, die andererseits geeignet ist, die Arbeitsfreudigkeit der Frauen ganz bedeutend einzuschränken.

In den G r o ß s t ä d t e n ist am schlechtesten in D a n z i g für die Familien der Kriegsteilnehmer gesorgt. Von dieser Stadt-geschichte so gut wie nichts, und die Not von den Familien der Vaterlandsverteidiger fernzuhalten. Nur durch private Fürsorge wird in sehr dürftiger Weise geholfen. Von den 8500 Frauen, die Reichsunterstützung beziehen, erhielten nur 533 gelegentlich ein-malige geringe Barunterstützung oder Naturalien. Der Versuch der Stadt, zu beweisen, daß die anderwärts gewährte städtische Hilfe durch private Wohltätigkeit zu ersetzen ist, scheiterte kläglich. Der Oberbürgermeister der Stadt hatte eine in sozialer Fürsorge bewährte Kraft, Fräulein Dr. Marie Baum, aus Düsseldorf be-rufen, die namentlich die begüterten Kreise zur Unterstützung der Kriegshilfe heranziehen sollte. Diese Dame machte aber schlechte Erfahrungen und verließ nach kurzer Zeit wieder Danzig. In einem Abschiedsartikel in Danziger Zeitungen mit der Ueberschrift: «Ad rem publicam ut ad ignem» (auf deutsch: Mit Feuer-eifer für das Gemeinwohl) teilte sie ihre schlechten Erfahrungen mit. Ihre Bemühungen, genügend Mittel flüssig zu machen, waren vergebens. Auf Klagen erhielt sie die Antwort: „Die Kriegshilfe hat ja so viel Geld; wie kann es euch an etwas fehlen.“ Ob dieses Zeugnis mangelhafter sozialer Fürsorge nun endlich eine bessere Unterstützung in Danzig herbeiführen wird? Notwendig ist es jedenfalls. Auch in A u g s b u r g gibt die Stadt nichts und überläßt der privaten Fürsorge die Hilfe.

Von den g r ö ß e r e n M i t t e l s t ä d t e n mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern steht G h i s s i n g am schlechtesten da. Nur gelegentlich wird dort aus privaten Mitteln Barunterstützung ge-geben. In acht k l e i n e r e n M i t t e l s t ä d t e n mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern wird gleichfalls nur gelegentliche Unter-stützung gegeben. Von den G e m e i n d e n mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern hat Gebelsberg im Kreise Schwelm den höchsten zu erreichenden Betrag, nämlich 63 M., falls die alte übernommene Angabe richtig ist.

In den k l e i n e n G e m e i n d e n ist ein Zuschuß in Höhe von 100 Prozent der Reichsunterstützung und darüber, der in Groß- und Mittelstädten häufig ist, seltener. Entsprechend den billigeren Lebensverhältnissen sind hier die Zuschüsse meistens ge-ringer. In einigen Gemeinden mit 2000 bis 10 000 Einwohnern wird Anerkennungswerts geleistet. Auch in einigen Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern kommen noch Regelungen des Unterstützungswesens vor, die mancher Großstadt zum Muster dienen könnten. Außer Zuschlägen von 100 Prozent sind darunter ganz ansehnliche Leistungen zu finden. So wird in der Gemeinde Postertitz aus öffentlichen und privaten Mitteln für die Frau 22 M. und für jedes Kind 4 oder 5 M. bis zum Höchstbetrage von zusammen 52 M. gegeben. Diese Leistung wird nach alter Angabe in Goldmühl noch überboten, wo aus privaten Mitteln für die Frau 21,66 M. und für jedes Kind 8,66 M. gezahlt werden soll, entsprechend Wochenbeträgen von 5 und 2 M.

Von der verschiedenartigen Regelung des Unterstützungs-wesens wird durch die Zusammenstellungen im „Korres-pondenzblatt“, die noch in ausführlichen Tabellen Einzelangaben für jeden Ort enthalten, ein Bild gegeben, das gleichzeitig dazu dienen kann, zu prüfen, ob wirklich alles oder auch nur das Not-wendigste geschieht, um die Not von unsern Kriegerfamilien fern-zuhalten. Wenn wir die in Deutschland gezahlten Unterstützungs-lätze und Zuschüsse mit den in Oesterreich gültigen vergleichen, so fällt dieser Vergleich nicht zugunsten unsres Vaterlandes aus. Viele Gemeinden haben die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllt. Durch schnelle Aenderung sollte hier gebessert werden. Unsere Gewerkschaftsarbeit und die Arbeitervertreter in den Gemeinde-verwaltungen dürfen sich die Mühe nicht verbieten lassen, dort, wo es notwendig ist, Verbesserungen zu verlangen. Dazu bietet ihnen die Erhebung Material. Alles muß darangesetzt werden, um die Not von den Familien der Kriegsteilnehmer fernzuhalten.

### Konsumenten und künftige Ernte.

Vom Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen wird uns geschrieben: Einer rechtzeitigen, ausreichenden und preiswerten Versorgung der großen Masse der Bevölkerung mit den notwendigen Nahrungs- und Bedarfsartikeln haben sich in den bisherigen Kriegsmonaten die überaus starken Einflüsse der Produzenten und Händler entgegengestellt. Nur mit äußerster Kraftanstrengung konnte der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen durch seine zahlreichen Eingaben, Rücksprachen an maßgebender Stelle und Beeinflussung der öffentlichen Meinung die größte Veranlassung auf diesem für die Landesverteidigung geradezu aus-schlaggebenden Gebiete vermeiden und die Regierungspolitik in die allein Er-folg versprechende Bahn der reichsmonopolartigen Regelung der Lebens-mittelversorgung drängen. Es ist daher nur zu verständlich, wenn die Organisation der benötigten Verbraucher bei der künftigen Ernte vor vor-herin ihre Wünsche zum Ausdruck bringen und dieses Mal rechtzeitig an der Regelung der Dinge im Interesse der hinter ihr stehenden Massen mitarbeiten will. Der Gesamtverband des Kriegsausbruches beruft zu diesem Zwecke auf Sonntag, den 16. Mai, in die Viktoriastraße, Berlin W 35, Apollonstr. 111, eine Tagung des gesamten Kriegsaus-bruchses ein, in dem außer dem geschäftsführenden und dem Gesamt-verband jede direkt angeschlossene Organisation einen Vertreter be-stätigt. Der bekannte Physiologe an der Landwirtschaftlichen Hochschule, Geheim-rat Professor Dr. Jung, wird sprechen über das Thema: „Die Sicherung der künftigen Ernte für die Konsumenten“. Die wichtigsten Punkte, Beschlagnahme der nötigen Produkte, Höchstpreise für die Erzeuger, Groß- und Kleinhändler, Verteilung der Waren usw., werden dabei nach den vielfachen Erfahrungen der bisherigen Kriegszeit beantwortet werden müssen. Eine Ausdrucksache, zu der auch andere Wissenschaftler und Praktiker, die bisher schon der Konsumentenbewegung ihre Unterstützung zuteil werden ließen, hinzugezogen werden, dürfte den Zeitnehmern an der Tagung eine willkommene Gelegenheit zu Meinungsäußerungen bieten. — Vor diesen ganzen Erörterungen wird sich die Konferenz mit dem Tätigkeitsbericht des Gesamtverbandes zu befassen haben. Außer-dem muß die Weiterarbeit des Kriegsausbruches, der Ende vorigen Jahres in Erwartung eines baldigen Kriegsendes nur bis zum 1. Juli 1918 begründet und finanziert worden ist, durch die Organisations-vertreter beschlossen und gesichert werden. Die Vertretbarkeit der ange-schlossenen Verbände hierzu darf angesichts der Notwendigkeit weiterer energischer Vertretung der Konsumenteninteressen und der bisherigen Er-folge der Bewegung wohl vorausgesetzt werden.

### ☪☪☪ Aus der Industrie ☪☪☪

#### Vorschläge zu einer neuen Unternehmerorganisation.

Seit Kriegsausbruch macht sich unter den Papierindustriellen eine Bewegung bemerkbar, die Unternehmer in einer Organisation zu vereinigen, in der die Gesamtindustrie ihre wirtschaftliche Ver-tretung findet. Bislang bestehen in der Papierfabrikation zwei größere Organisationen: der Verein deutscher Papierfabrikanten und der Arbeitgeberverband deutscher Papier- und Zellstoff-

fabrikanten. Neben diesen beiden Korporationen bestehen noch für die verschiedenen Papierarten Preis-konventionen. Wohl ist im Verein deutscher Papierfabrikanten die Mehrzahl der Unternehmer organisiert, doch ist es bislang noch nicht gelungen, unter den Mitgliedern eine Einigkeit in Preisfragen herbeizuführen. Des-halb auch die Unzufriedenheit unter einem Teil der Mitglieder über die Tätigkeit dieses Vereins.

Der Arbeitgeberverband deutscher Papier- und Zellstoff-fabrikanten hat in der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen stets viel guten Willen, aber wenig Geschick gezeigt. Kampf gegen jeden sozialen Fortschritt war die Parole dieses Verbandes. Die sozial und zugleich klug denkenden Unternehmer liebten deshalb dem Arbeitgeberverband fern oder suchten in dem weniger reaktionär geleiteten Industrieschutzverband ihre Zuflucht. Diese Unternehmer wurden wegen ihrer angeblichen Arbeiterfreundlichkeit von dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes mehrfach in der Presse ange-griffen. Da dieser Herr zugleich Sekretär des Vereins deutscher Papierfabrikanten ist, so ist es erklärlich, daß dadurch die Einig-keit unter den Mitgliedern nicht gefördert wurde. Aus diesen und andern Gründen suchten und suchten fortschrittlicher gesinnte Unter-nehmer einen Mittelweg, auf dem sämtliche Unternehmer vereinigt werden können zu dem Zweck, die Lage der Industrie zu heben und andererseits die Differenzen mit der Arbeiterschaft auf glücklichem Wege zu erledigen.

Diese Unternehmer haben auch den Wert der Arbeiterorgani-sationen erkannt. Der veredelnde Einfluß der Gewerkschaften auf ihre Mitglieder ist ihnen nicht entgangen. Sie sahen ein, daß der organisierte Arbeiter bodenständiger wurde und seiner Arbeit mit mehr Lust und Aufmerksamkeit folgte. Die Qualität der Papiere wurde gesteigert, der Betrieb rentabler gestaltet und so ein voll-kommener Ausgleich für die event. gestiegenen Arbeitslöhne ge-schaffen. Manche Unternehmer schätzten zwar den organisierten Arbeiter wegen seiner musterghültigen Arbeitsfähigkeit hoch ein, doch war ihnen aus andern Gründen seine Organisationszugehörigkeit ein Dorn im Auge. Mancher Kollege mußte deshalb im Jahre mehrmals zum Wanderstab greifen.

Nun scheint der Krieg auch unter diesen Unternehmern kläuternd gewirkt und ihnen eine andre Auffassung über den Wert der Gewerkschaften beigebracht zu haben. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen. Es ist deshalb erfreulich, wenn Unter-nehmer öffentlich ihre Bereitwilligkeit zur Verhandlung mit ihren Arbeitern zu erkennen geben. Herr H. Jost (vermutlich der Direktor der Sebnitzer Papierfabrik) macht im „Wochenblatt für Papier-fabrikation“ Vorschläge über die Grundlage einer neuen Unter-nehmervereinigung. Er teilt die Aufgaben der neuen Organi-sation in fünf Abschnitte: 1. Statistik, 2. Produktion, 3. Absatz, 4. Einkauf und 5. Sozialpolitik. Die Statistik soll sich erstrecken auf Papiererzeugung, Absatz, Beschäftigungsstand, Papiervorräte, Roh- und Betriebsmittelbedarf, Arbeiterfragen, Lohnbewegungen und dergl. Die Produktion soll geregelt werden durch Anpassung an den Bedarf und Durchführung von Betriebs einschränkungen. Die Absatzverhältnisse sollen gebessert werden durch Festsetzung von Verkaufspreisen, Einführung einheitlicher Geschäftsbedingungen, Abwehr von Schädlingen unter den Abnehmern und etwaigen Außenseilern durch Schutzverträge mit Abnehmer- und Lieferant-verbänden und Ordnung der Absatzverhältnisse, durch Ein-kauf der Roh- und Betriebsmaterialien und Abwehr etwaiger Ge-waltmaßregeln übermächtiger Lieferantengruppen.

Als Ziel der „Sozialpolitik“ der neuen Vereinigung wird vorgeschlagen: „Unter zielbewusster Wahrung von Recht und Ordnung in den Betrieben und Berücksichtigung lokaler Verhält-nisse in den Einzelheiten, einseitliche, weitgehende Behandlung der Arbeiterfragen. Verständigung bei Lohnbewegungen. Er-leichterung der Arbeitsbedingungen, insbesondere für das Personal an schnell und ununterbrochen arbeitenden Maschinen.“

Herr Jost bemerkt noch, daß er seine Vorschläge keineswegs für vollkommen halte, doch sei ihm weltfremde Selbstlosigkeit eben-so weit entfernt gewesen wie blöde Geldmacherei.

Wir hätten unter dem Punkt Sozialpolitik noch manche Wünsche für die Arbeiterschaft zu erörtern, doch wollen wir ab-warten, welche Stellung die Unternehmer zu den Vorschlägen ihres Standesgenossen einnehmen. Nach dem bisherigen Verhalten ist es stark zu bezweifeln, daß sie ihnen zustimmen werden. Soviel können wir heute schon versichern: Wenn eine Unternehmerorgani-sation auf der vorgeschlagenen Grundlage, wenigstens soweit die sozia-politische Seite in Frage kommt, zustande gebracht würde, an uns soll es nicht fehlen, eine Verständigung bei Lohn- und sonstigen Arbeiterfragen nach Kräften fördern zu helfen, vorausgesetzt, daß im Unternehmerlager der weitansschauende Blick auch tatsächlich vorhanden ist. Herr Jost schreibt am Schluß seiner Ausführungen: „Gesundes reichliches Verdienen zum Wohl der fleißig Arbeitenden sowie zur Erhaltung und Förderung unsrer Leistungsfähigkeit und des technischen Fortschritts: das ist mein Ziel!“ Das ist sehr gut gesagt. Offentlich lassen die übrigen Papierfabrikanten Herrn Jost nicht die Rolle der einen Schwalbe spielen, die keinen Sommer macht. St.

#### Kriegsgewinne der Sprengstofffabriken.

Die Vereinigten Köln-Weidener Pulverfabriken verteilen für das ver-flossene Geschäftsjahr nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 25 Prozent gegen 20 Prozent im Vorjahr. Auf neue Rechnung werden 1 504 337 M. (gegen 790 011 M. im Vorjahre) vorgezogen. Der Roh-gewinn liegt von 7,4 auf 10,7 Millionen Mark. Der Reingewinn beträgt 6 542 677 M. (i. B. 4 445 712 M.). Die vorher abgezogenen Abschreibungen (i. B. im ganzen 1 607 000 M.) betragen unter andern auf Nitrosulfiten 778 000 M. (i. B. 302 714 M.); Nitrosulfiten, die Ende 1913 mit 1 207 131 M. erwirtschaftet, sind bis auf 18 M. abgeschrieben, 20 000 M. von 62 874 M. auf 24 M.

Vorräte haben mit 847 Millionen Mark zu Ende, gegen 7,69 Mil-lionen Mark im Vorjahre, die Effekten und Beteiligungen mit 17,7 Mil-lionen Mark (gegen 19,06 Millionen i. B.). Sehr stark gewachsen die Debitoren. Sie betragen 38,78 Millionen Mark (gegen 15,7 Millionen i. B.). Darunter befindet sich über ein hohes Pantalguthaben: vor Jahres-schluß wurde es mit 5 Millionen Mark ausgewiesen. Auf der andern Seite erscheinen Kreditoren mit 37,76 Millionen Mark (i. B. nur 19,5 Millionen Mark). Der Vortrag auf neue Rechnung wird fast verdoppelt.

Der Text des Geschäftsberichts ist recht dünn. Er besagt nur, daß in der ersten Hälfte des Jahres der Verlauf des Geschäfts normal gese-en sei. Nach Ausbruch des Weltkrieges habe die Gesellschaft „im vater-ländischen Interesse“ mit aller Kraft die Leistungsfähigkeit ihrer Fabriken gesteigert und ausgenutzt.

Der Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-A.-G. schlägt für 1914 die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent (gegen 15 Per-zent im Vorjahr) vor.

Die Westfälisch-Lingafische Sprengstoff-Fabrik, Berlin, zahlt wieder 25 Prozent Dividende, hat jedoch auch wesentlich höhere Gewinne erzielt als 1914. Der Geschäftserfolg für 1914 erwählt zunächst die durch Erhöhung des Aktienkapitals und durch den Verkauf von Anteilen an die Aktionäre des Aktienkapitals von 4 auf 6 Mill. Mk. In den ersten sieben Monaten waren alle Betriebe ausserordentlich beschäftigt, für den Rest des Jahres ist besonders in einigen Abteilungen ungewöhnliche Tätigkeit ersichtlich gewesen. Erfolgreiche Schwierigkeiten für die volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit hat nach dem Bericht der Arbeiterverwaltung, ausser in Rohmaterialien die Betriebe reichlich eingehandelt. Der Nettogewinn betrug einschließlich 331 700 Mk. Vortrag auf 3 215 579 Mk. (im Vorjahre 2 194 943 Mk.), wovon 481 780 Mk. (309 902 Mk.) zu Ausschüttungen dienen. Die Dividende der Vorjahre 1914 (1) 1000 Mk., während die gesetzliche Reserve 200 000 Mk., die Reserve für den Fall von 150 000 Mk., die Spezialreserve 175 000 Mk., der Kapitalgewinn 100 000 Mk., Vortrag 20 000 Mk. ausfallen. In den ersten sieben Monaten wurden 180 457 Mt. verarbeitet und 403 327 Mt. (331 700 Mt.) hergestellt. In der Bilanz figurieren die gesamten Vermögensgegenstände, die einen Betrag von 225 000 Mt. erfahren haben, mit 251 000 Mt. Das Guthaben der Arbeiterverwaltung ist ohne Spezialisierung mit 2 000 (1 000) Mt. eingestellt, die Vorräte sind mit 1 731 (2 224) Mt. Mt. bewertet. In der Bilanz figurieren zum Vergleich mit 2 301 (1 724) Mt. Mt. und von bei Dividenden 5 72 (2 24) Mt. Mt., während Kreditoren 1 87 (1 00) Mt. Mt. zu finden sind. Durch die übertragenen Vermögensgegenstände sind Kapitalgewinne, Spezialreserven und Kapitalgewinne für je 100 000 Mt. mit der Reserveerhöhung auf 70 000 Mt.

Heute das laufende Geschäftsjahr hat der Bericht, dass die Beschäftigung der Arbeiterverwaltung als eine starke Beschäftigung erweist, und die im Jahr beabsichtigten neuen Betriebe bereits mehrere Aufträge von für die Arbeiterverwaltung bestellend das Aktienkapital weiter von 4 auf 10 Mill. erhöht werden, damit auf je drei alte Aktien zwei neue von je 1000 Mt. als pari speisenfrei bezogen werden können. Die jungen Aktien sollen an der Dividende des laufenden Jahres bereits voll teilnehmen.

### Eine Teuerungszulage in der H. A. S. F. in Ludwigshafen a. Rh.

Wie in Nr. 19 des „Proletarier“ mitgeteilt wurde, richtete unsere Verwaltungsstelle in Ludwigshafen auf mehrfache Anregung und im Auftrag der Verbandsleitung ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage an die Direktion der H. A. S. F. Letztere bewilligte in einem Schreiben der Geschäftsleitung mitzuteilen, dass sie mit ihrer Anregung zu spät käme: eine solche Zulage sei bereits geplant und beschlossen. Demnach wird in einem Anschlag folgendes bekannt gemacht:

Wir geben hiermit bekannt, dass wir im Hinblick auf die eingetretene Verteuerung der Lebensmittel beschließen haben, unseren Arbeitern und Beschäftigten mit Rücksicht vom 4. April 1915 bis auf weiteres eine „Kriegs-Familienunterstützung“ zu gewähren. Die Unterstützung beträgt:

- bei 41-44 Hf. Stundenlohn 60 Hf. pro Kopf
- bei 45-47 Hf. Stundenlohn 50 Hf. pro Kopf
- bei 48-50 Hf. Stundenlohn 40 Hf. pro Kopf
- bei 51-55 Hf. Stundenlohn 30 Hf. pro Kopf
- bei 56-60 Hf. Stundenlohn 25 Hf. pro Kopf
- bei 61 Hf. und mehr Stundenlohn 20 Hf. pro Kopf pro Woche.

Die Unterstützung wird für jedes Familienmitglied bis zu fünf Köpfen bewilligt, wobei im Haushalt lebende Kinder bis 15 Jahre gerechnet werden. Die Unterstützung wird auch im Falle einer Erkrankung gewährt. Die Auszahlung der Unterstützung beginnt erstmalig Mitte Mai für den Monat April. Die Unterstützung wird vierteljährlich ausbezahlt. Die Direktion.

Die Zulage, die den Namen „Kriegs-Familienunterstützung“ hat, ist im Verhältnis zur Lebensmittelpreissteigerung recht bescheiden anzusehen. Sie deckt keineswegs das durch die Teuerung entstandene Defizit. Jedoch ist sie immerhin besser als nichts, und wenigstens für linderreiche Familien eine wertvolle Hilfe. Das die Direktion selbst den Schein vermeiden will, als ob sie sich von den Gewerkschaften beeinflussen lasse, entspricht demnach ihren alten Anschauungen und zeigt, dass sie gar nicht daran denkt, ohne Rat nachzugehen.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

**Eine Lohnbewegung im Bergbau.**  
Die Bergarbeiterverbände aller Richtungen richteten Ende März an den Reichs- und Provinzialparlamenten eine Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage. Zunächst erhielten sie überhaupt keine Antwort. Als sie vier Wochen nach Abendung ihrer Eingabe noch einmal um eine Antwort nachsahen, erhielten sie eine glatte Ablehnung jeder Teuerungszulage. Inoffizielle Versuche, grundsätzliche Beschlüsse über die Teuerungszulage gegen eine solche Ablehnung nicht das Antwortschreiben dazu an, dass die Teuerungszulage von 40 bis 60 Hf. pro Köpft die Verteuerung einer Tonne Kohlen um 50 bis 75 Hf. verteuern würde, eine so erhebliche Verteuerung der Produktion von manchen Werken aber nicht getragen werden könne. Weiter heißt es in der Antwort:

„Zum einen wird auch eine gerechte und billige Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahme wegen der Verhältnisse in der Höhe der bestimmten Löhne und der Lebensmittelpreise für unmöglich gehalten und auch darauf hingewiesen, dass das Interesse, aus eigener Kraft für die Möglichkeit gleicher und erhöhter Lebenshaltung zu sorgen, individuell recht verschieden sei.“

Schlüssig ist es eine bekannte Tatsache, dass derartige schematische Lohnbewegungen leicht verpaid auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensmittelpreises wirken.“

Der Hinweis auf die Verteuerung der Lebensmittel erledigt sich schon durch die Feststellung, dass vom 1. April 1915 an die Familienunterstützung um 125 bis 225 Mt. pro Woche, die Verteuerung des Speisekostens aber nur bis 4 Mt. erhöht worden sind. Dabei wurden schon im ersten Quartal 1915 für ungenügende Lebensmittel erzielt, und auch im letzten Quartal 1914 waren die Preise pro Tonne Kohlen um einen höheren Betrag höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 1915. Wo da die gewünschte Teuerungszulage „den meisten Leuten als Lebensmittelpreis erhöhen“ soll, ist unverständlich.

Die Beschlüsse des Bergarbeiterverbandes, dass demartige Lohnbewegungen leicht verpaid auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensmittelpreises wirken, sind anzusehen, wie eine Lohnbewegung im Bergbau. Es zeigt die Reaktionsbewegung der gewerkschaftlichen Teuerungszulage, und auch die Lebensmittelpreise sind ohne Rücksicht auf die Teuerungszulage, die die Arbeiter erhalten, für die Arbeiter. Die Teuerungszulage von 40 bis 60 Hf. pro Köpft die Verteuerung einer Tonne Kohlen um 50 bis 75 Hf. verteuern würde, eine so erhebliche Verteuerung der Produktion von manchen Werken aber nicht getragen werden könne. Weiter heißt es in der Antwort:

Die Beschlüsse des Bergarbeiterverbandes haben demnächstige Lohnbewegungen leicht verpaid auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensmittelpreises wirken, sind anzusehen, wie eine Lohnbewegung im Bergbau. Es zeigt die Reaktionsbewegung der gewerkschaftlichen Teuerungszulage, und auch die Lebensmittelpreise sind ohne Rücksicht auf die Teuerungszulage, die die Arbeiter erhalten, für die Arbeiter. Die Teuerungszulage von 40 bis 60 Hf. pro Köpft die Verteuerung einer Tonne Kohlen um 50 bis 75 Hf. verteuern würde, eine so erhebliche Verteuerung der Produktion von manchen Werken aber nicht getragen werden könne. Weiter heißt es in der Antwort:

durch die zahlreichen Einberufungen verminderten Mitgliederbestand ist diese Minderbemerkung aus Beiträgen ohne weiteres erklärlich.

Die Ausgaben für Unterhaltungen erhöht sich gegen das Vorjahr um den bedeutend geringeren Mitgliederbestand in den 22 Kriegswochen des vorigen Jahres und trotz teilweiser Beschränkung und Aufhebung von einigen Unterhaltungsarten um 488 814 Mt. Es sind jedoch auch die Ausgaben für das Sterbegeld und die Arbeitslosenunterstützung gestiegen, für alle anderen Zwecke waren sie geringer. Es erforderten: das Sterbegeld 330 824 Mt. (1913 513 443 Mt.), die Umzugsunterstützung 116 010 Mt. (154 089 Mt.), die Krankenunterstützung 3 332 282 Mt. (4 188 345 Mt.), die Arbeitslosenunterstützung 7 304 311 Mt. (3 229 200 Mt.), die Straftunterstützung 1 000 465 Mt. (1 016 786 Mt.), die Wohnunterstützung 162 830 Mt. (207 092 Mt.), die besonderen Beiträge 77 748 Mt. (105 338 Mt.), das Sterbegeld 142 675 Mt. (135 895 Mt.), der Rechtschutz 39 885 Mt. (53 062 Mt.). Für jeden Unterhaltungsgegenstand annehmen war die Ausgabe um 3 683 075 Mt. geringer, für zwei um 4 171 890 Mt. höher. Die Krankenunterstützung wurde nur umsofort bis Mitte August gestoppt, wie bei anderen Gewerkschaften sie fiel von da an aus, weil sie die Kräfte zu sehr belastet haben würde. Das Vermögen der Hauptkasse hat sich zwar von 13 132 004 Mt. um 1 708 448 Mt. auf 11 544 558 Mt. vermindert, was jedoch zu Bestreitungen keinen Anlass bietet.

### Unser Verband in der 39. Kriegswoche.

Für die Woche vom 23. April bis 2. Mai haben 332 Zahlstellen rechtzeitig ihre Berichtskarten eingekandt. In diesen Zahlstellen waren am 1. August des Vorjahres 175 617 Mitglieder vorhanden, am 1. Mai dieses Jahres noch 96 435. Von den fehlenden 79 182 waren 60 018 zum Kriegsdienst eingezogen, so dass 18 264 aus andern Gründen dem Verbände verloren gegangen sind.

Die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück. In den berichtenden Zahlstellen waren am 1. Mai noch 430 männliche und 690 weibliche, zusammen 1120 Mitglieder arbeitslos. Das sind vom Hundert nur 0,5 bei den männlichen, 0,9 bei den weiblichen Mitgliedern und 1,1 bei allen Mitgliedern. Es geht also auch bei den weiblichen Mitgliedern die Arbeitslosigkeit dauernd zurück. Bei den männlichen ist sie jetzt schon niedriger als in Friedenszeiten.

Erwerbsunfähig krank waren 1205 männliche und 264 weibliche Mitglieder. Vom Hundert sind das 1,5 bei den männlichen und 1,4 bei den weiblichen Mitgliedern. An Krankenunterstützung wurden in den berichtenden Zahlstellen 9851 Mt. ausgezahlt (an Arbeitslosenunterstützung 2730 Mt.).

Zum Kriegsdienst waren in den 332 Zahlstellen, die berichtet haben, am 1. Mai 60 918 Kollegen eingezogen. Von je 100 am 1. August gezählten männlichen Mitgliedern sind das 34,4. Wird das Verhältnis, in dem die Zahl der Eingezogenen zur Gesamtmitgliedschaft in diesen Zahlstellen steht, auf den ganzen Verband übertragen, so erhalten wir für den 1. Mai die Zahl von 71 885 zum Kriegsdienst eingezogenen Mitgliedern.

In der folgenden Tabelle, in der die Ergebnisse der Wochenstatistik auf den ganzen Verband umgerechnet sind, sind die Zahlen über die Arbeitslosigkeit für die 31. bis 39. Kriegswoche durch schrägen Druck hervorgehoben, um sie von den auf andern Feststellungen bezüglichen der früheren Wochen auffällig zu trennen.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 männlichen Mitgliedern
9. August	17 663	8,5	34 388	19,2
16. "	23 810	11,5	38 808	21,0
23. "	24 476	11,8	40 233	22,6
30. "	27 768	12,9	45 510	25,2
5. September	28 738	11,5	44 429	24,6
12. "	22 242	10,7	45 705	25,8
19. "	19 136	9,7	46 720	25,9
26. "	19 001	9,6	47 243	26,0
2. Oktober	17 329	8,3	48 875	26,4
9. "	13 711	6,6	49 117	26,5
16. "	13 326	6,4	49 809	27,3
23. "	12 421	6,0	49 843	27,3
31. "	10 935	5,3	51 166	28,2
7. November	9 233	6,3	51 561	28,4
14. "	8 964	6,2	52 138	28,7
21. "	7 888	5,5	52 732	29,0
28. "	7 031	5,0	53 362	29,3
5. Dezember	6 966	5,0	54 428	30,0
12. "	6 178	4,4	55 025	30,6
19. "	6 320	4,6	55 189	30,7
26. "	6 103	4,3	55 101	30,6
2. Januar	6 580	4,8	57 170	31,4
9. "	6 192	4,5	57 264	31,5
16. "	5 719	4,3	58 611	32,4
23. "	5 409	4,1	58 450	32,1
30. "	5 952	4,5	60 032	33,2
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
13. "	5 130	3,9	60 976	33,6
20. "	4 792	3,7	61 703	34,0
27. "	4 345	3,4	63 373	34,9
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
13. "	3 157	2,5	65 077	35,8
20. "	2 757	2,3	65 214	36,0
27. "	2 720	2,2	67 128	37,1
3. April	2 316	2,0	68 453	37,7
10. "	2 688	1,8	70 371	38,7
17. "	1 785	1,5	70 321	38,9
24. "	1 423	1,2	71 428	39,3
1. Mai	1 321	1,1	71 883	39,4

Wir verweisen hier noch einmal auf die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 19 des „Proletarier“, nach der die Unterstützung der ausgeschiedenen Mitglieder mit dem 15. Mai eingestellt wird und bitten darum die Bitte an unsere Verwaltungsstellen, für die pünktliche und vollständige Berichterstattung auch nach dem Wegfall dieser Unterstützung zu sorgen.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Stuttgart-Gewerkschaft.** In den Vereinigten Eisenerzwerken in Unterwiesing erreicht der dortige bestehende Vorkurs am letzten Februar dieses Jahres sein Ende. Die Arbeiterentscheidungsorgane und die Verwaltungsräte erhielten von der Arbeitergewerkschaft den Auftrag, einer Beschäftigung der besonders ungenügenden Verhältnisse, der Firmenleitung durch unsere örtliche Organisationsleitung den Vorschlag zu unterbreiten, den Tarifvertrag ein weiteres Jahr bestehen zu lassen. Zugleich sollte aber der Firma das Entschieden unterbreitet werden, die bestehenden Höchstlöhne zu erweitern; desgleichen auch den bestehenden Urtaub. Verhandlungen mit der Firmenleitung hatten zur Folge, dass die Höchstlöhne für Arbeiter von 4,60 Mt. auf 4,70 Mt. und für Arbeiterinnen von 2,70 Mt. auf 2,80 Mt. pro Tag erhöht und der bestehende Urlaub in seiner Höhe gegen den 6. und 8. Tage unter voller Bezahlung erweitert wurde. Neben diesen am 1. März d. J. in Kraft getretenen Nachtrag zum Tarifvertrag wurde eine Teuerungszulage von 5 Prozent aus dem Nettoverdienst für alle in dem Betriebe Beschäftigten gewährt. Unter besonderer Würdigung des Umstandes, dass gerade diese Firma wegen der außerordentlichen Unterhaltungen der Familien ihrer beschäftigten Arbeiter und des weichen der Tariffrage, dass sie allen notwendigen Arbeitern — weil nur vorübergehend als Ersatz für die Eingezogenen eingestellt — einen um einige Pfennige höheren Anfangslohn gewährt, konnten wir mit dem erreichten Erfolg zufrieden sein.

In der Belegschaft Joh. Metzger in Zuffenhausen wurde der am 31. März d. J. abgeschlossene Tarifvertrag auf ein weiteres Jahr verlängert.

Der bei der Firma H. Holzheimer, Zuffenhausen, bestehende Tarifvertrag ist ebenfalls am 31. März d. J. ab. Er wurde gleichfalls auf ein weiteres Jahr verlängert. Von dem Arbeiterentscheidungsorgan wurde eine Eingabe um 10 Prozent Teuerungszulage unterbreitet.

Die Firma bewilligte der gesamten Arbeiterchaft eine Teuerungszulage von 5 Prozent des Nettoverdienstes. Mit diesem Beschlusse erklärte sich die Arbeiterchaft einverstanden.

In verschiedenen weiteren Betrieben wurde für unsere Kollegen von den Arbeiterentscheidungsorganen mit Teuerungszulagen erwirkt. In anerkannter Weise wurde von den Firmenleitungen diesem Ersuchen entsprochen. So gewährte die Firma Sten u. Cie., Dettleberfabrik, Unterlößeln, desgleichen die Firma Wolf u. Schue ihren Arbeitern eine Teuerungszulage von 5 Prozent.

Die Industriefabrik gewährt ihren Arbeitern und Arbeiterinnen allgemeine Lohnsteigerungen von 1 bis 5 Pf. pro Stunde. Diese Haltung nicht abweichend von ihrer früheren ab. Demnach glaube die Firma mit der Verleihung, dass mit Schluss der Kampagne an allen Sonnabenden von 4 Uhr Arbeitsschluss unter voller Bezahlung bis 6 Uhr sehr tolle, werden zu müssen unter Hinweis darauf, dass der Krieg sämtliche Beschäftigten ausbeute. Allerdings müssen wir feststellen, dass die Firmenleitung bereits eine Woche später das frühere Arbeitsverhältnis wieder herstellte.

Die Firma W. Kappmann, Schamottefabrik in Kahlagen, gewährte ihrer Arbeiterchaft auf eine Eingabe des Arbeiterentscheidungsorgans eine allgemeine Lohnsteigerung von 1 und 2 Pf. pro Stunde. Vor 3 Jahren wurden diese Arbeiter durch einen 10 Wochen dauernden Streik einige Pfennige Lohnsteigerung abgerufen werden. Demnach ist an dieser Stelle, dass bei dieser Firma Kriegsgefangene Franzosen als Hofarbeiter beschäftigt werden.

Der bei der Firma F. W. Witzmann, Zahnfabrik, Oberlößeln, bestehende Tarifvertrag steht vom 1. April 1915 an eine Lohnsteigerung für Arbeiter von 20 Pf., für Arbeiterinnen von 10 Pf., bei normalem Geschäftsgang vor. Die Höchstlöhne der Arbeiter mussten mit diesem Termin 4,80 Mt. und die der Arbeiterinnen 3,10 Mt. pro Tag betragen. Verhandlungen mit der Firmenleitung ergaben jedoch, dass infolge des mangelhaften Geschäftsganges von diesem Beschlusse zunächst Abstand genommen werden musste. Die Firma erklärte sich aber bereit, bei Eintritt eines besseren Geschäftsganges der tariflichen Vereinbarung volle Geltung zu verschaffen.

War es in den vorgenannten Betrieben möglich, im Interesse der Beschäftigten eine Verbesserung der Lohnverhältnisse durchzusetzen, so kann dies von der Firma Hauff u. Cie., Gemische Fabrik, Feuerbach, nicht gesagt werden. Genannte Firma liefert Kriegsmaterialien. Verbietet auch die Mehrzahl der Beschäftigten auskömmliche Löhne, so kann dies nicht gesagt werden von den weiblichen und verheirateten männlichen Beschäftigten. Hier Verhandlungen, die sich mit einer Teuerungszulage beschließen sollten, verliefen resultatlos infolge schlechten Besuchs. War in diesem Falle nichts zu erreichen, so fällt die Schutz einzig und allein auf die Unterstützung der Arbeiterchaft zurück.

Alles in allem kann gesagt werden, dass wir mit den Resultaten in Bezug auf Durchsetzung von Teuerungszulagen zufrieden sein können. Unsere Organisation hat trotz des Krieges neben den sonstigen Unterhaltungen sich als treue Stütze unserer Mitglieder und der Arbeiterchaft bewährt. Dies sollten alle jenen Arbeiter und Arbeiterinnen beherzigen, die aus Feilschheit der Organisation noch fernstehen, sollten die Anwendung hiervon ziehen und unserer Organisation beitreten. Nur in einer starken Organisation wird nach dem Kriege, der uns einen Dauerfrieden bringen möge, die Kraft der Arbeiterchaft liegen. C. Zuffen.

### Immer derselbe.

Es hat Herr Kirchoff sehr bestimmt, wie das Herr Ebdow sich benimmt: Weil der sich nämlich nicht erblüdet und mit Gewerkschaftsleuten redet.

„Ne, so was läst man lieber ganz und tut man's schon, dann per Distanz. Gott ja, das sie jetzt draußen lämpfen... Doch ihr Begehren muß man dämpfen.“

Demn bitte, tun die Leute nicht, Ganz einfach bloß, was ihre Pflicht? Rechte? Ne, da gibt's kein Münden, Was „Masse“ ist, hat sich zu bücken.“

Drum hat Herr Kirchoff, tief verlegt, Ebdowen und Delbrücken verpöcht. Wie wird dies weiter sich gestalten? Wer weiß? ... Uns ziemt's, das Maul zu halten. Gideon Ginn im „Simpl.“

### Verbandsnachrichten.

Vom 4. Mai an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Hamburg 10 148,76. Landsberg a. d. B. 200,—. Stendal 241,65. Schöngau 15,50. Zell a. S. 3,80. Pöfelforf 1641,51. Wedel i. S. 300,—. Zwickau i. S. 13,—. Reiz 200,—. Sülzen 15,91. Bremen 15,60. Schöngau 3,10. Annweiler 11,60. Wallstadt 4,96. Eilenberg i. d. W. 2,94. Göttingen 32,64. Wöstenbed 1,98. Girsberg i. S. 300,—. Kolberg 200,—. Göttingen 173,14. Leisnig 150,—. Salze 27,10.

Schluss: Montag, den 10. Mai, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

### Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetret in
592 883	Martin Knopf	18. 8. 1888	14. 4. 1913	Bremen
485 901	Johann Rhein	3. 1. 1886	15. 4. 1912	Wainz
332 248	Bruno Schirmer	11. 5. 1890	1. 5. 1908	Leipzig
421 747	Alfred Lehner	—	8. 5. 1910	Groitzsch
Karten-Nr. 413 622	Sozanna Ginn	11. 10. 1897	29. 3. 1915	Hamburg

### Neue Adressen und Adressenänderungen.

**Geithain.** Max Plate, Eisenbahnstraße 15.  
**Hönningen.** Hermann Wiedenbach, Kaiser-Wilhelm-Straße.  
**Joseph Schilling,** Rheinbrühl, Marienhilfsstraße 10.  
**Söcking** in Pommern. 1. Bevollmächtigter Ernst Marquardt. 2. Bevollmächtigter J. Schalowski.  
**Meißen.** 1. Bevollmächtigter Robert Scholtke, Rathenborfer Straße 14.  
**Nordhausen.** Carl Gerlach, Petersdorf bei Nordhausen.  
**Selm.** Hedwig Heinker, Kirchstraße 4. Gustav Krause, Waldstraße 320D, 3. Et.  
**Zangermünde.** 1. Bevollmächtigter Franz Prehm, Höhenstraße 25.